



Norbert Geis

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

Wilhelmstraße 60, Zi. 427

11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73524

Fax: (030) 227 - 76186

Email: norbert.geis@bundestag.de

Etablierung des AEK:

Das „C“ nicht verblässen lassen

Ein Beitrag von Norbert Geis, Bundestagsabgeordneter der CSU aus Aschaffenburg, in der Mitgliederzeitung der Senioren Union Deutschlands.

Geis ist u. a. Mitglied im Kuratorium des Forums Deutscher Katholiken und gehört zu dem Gründerkreis der Initiative CSK - Christlich-Soziale Katholiken in der CSU und des AEK - Arbeitskreis Engagierter Katholiken in der CDU. Beide Initiativen befinden sich in der Gründungsphase, haben sich also noch nicht konstituiert, d. h., haben noch keine Mitgliederversammlung mit Neuwahlen abgehalten. Die Konstituierung des CSK in Bayern soll am 06.03.2010 in München erfolgen.

In den vergangenen Wochen wurde immer wieder in den Medien über die Gründung des AEK- Arbeitskreis Engagierter Katholiken in der CDU - und des CSK in der CSU berichtet. Viele der Berichte zielten darauf ab, in dieser Gründung eine Gegenbewegung zu der jeweiligen Parteiführung in CDU und CSU zu sehen. Das ist jedoch falsch. Beide Initiativen sind vielmehr Ausdruck einer Besorgnis über das künftige Profil der Union als Volkspartei. Die Anhänger kommen alle aus den Reihen von CDU und CSU und haben auch nicht vor, eine eigene Partei zu gründen, sondern wollen ihren Platz innerhalb der Union finden.

Welche Ziele stecken sich diese beiden Initiativen? Zunächst geht es den Initiatoren darum, die Wähler aus dem katholischen Bereich, die bei den letzten Wahlen die Union nicht mehr gewählt haben, zurück zu gewinnen. Ganz entscheidend ist sicherlich der Ausgang der vergangenen Bundestagswahl. So sehr wir uns auch über den Sieg der bürgerlichen Mehrheit gefreut haben, das Ergebnis täuscht. In Wirklichkeit haben CDU und CSU bei den Wählerinnen und Wählern deutlich an Akzeptanz verloren. Die Unionsparteien sind bei den letzten Bundestagswahlen weit unter 40 Prozent geblieben. Sicherlich, die Kanzlerin hat einerseits große Sympathiewerte in der Bevölkerung. Andererseits aber hat sie diese Spitzenwerte an

Beliebtheit ganz offensichtlich doch nicht auf die Partei übertragen können. Eine Million Wähler, darunter vor allem Katholiken, die früher ihre Stimme der Union gaben, blieben weg. Das schmerzt insbesondere mit Blick auf die Katholiken. Sie waren bislang die treuesten Unionswähler. Und es darf nicht sein, dass der Eindruck entsteht, dass man dieses für die C-Parteien so unentbehrliche Klientel immer weniger beachtet oder dem „C“ und dem explizit Katholischen innerhalb der Partei zu wenig Bedeutung beimisst. Dies ist wohl das Hauptmotiv der Initiatoren: die Katholiken, die die Union verloren hat, wieder zurückzugewinnen.

Niemand übersieht, dass wir mehr und mehr in einer entchristlichten Gesellschaft leben. Deshalb muss die Union, will sie Volkspartei bleiben, die Akzente ihrer Politik danach ausrichten. Viele Mitglieder und potentielle Wähler der Union gewinnen aber den Eindruck, dass die Bedeutung des „C“ dabei verblasst. Eine Volkspartei verliert an Profil, wenn sie glaubt, sie müsse sich mit einem Bauchladen an politischen Themen bei allen möglichen Gruppierungen anbieten. Die Wähler werden dann am Ende abwandern, weil sie sich in diesem Sammelsurium an Themen und Standpunkten nicht mehr wiederfinden. An dieser Stelle möchten die Initiatoren einen Beitrag leisten, um die richtigen Akzente innerhalb der Union für diese bröckelnde Basis zu setzen. Eine Volkspartei braucht ein klares Profil, sonst verliert sie an Vertrauen und rutscht ins Uferlose ab, wie das bei der SPD zu beobachten ist.

Die Politik der Union wurde immer schon von Protestanten wie Katholiken bestimmt. Aber auch Kirchenferne und Nichtchristen haben die Union trotz des "C" gewählt. Das Alleinstellungsmerkmal "C" der Unionsparteien hat nicht geschadet. Vielmehr hat gerade dieses Alleinstellungsmerkmal die Union zur erfolgreichsten Partei in Deutschland und Europa gemacht. Dies deshalb, weil die Glaubensinhalte, wie die Würde des Menschen, das Recht auf Leben vom Anfang bis zum Ende, das Subsidiaritätsprinzip - um nur einige zu nennen – auch Andersgläubigen und Nicht-Glaubenden plausibel zu machen sind.

Es reicht aber nicht, mit gewohnter Unionsrhetorik hier und da auf unsere „christlich-abendländischen Werte“ aufmerksam zu machen. Vielmehr sollte es daher vor allem Sache des evangelischen Arbeitskreises und der neu gegründeten beiden katholischen Initiativen in CDU und CSU sein, die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik in die politische Auseinandersetzung einzubringen. Oberste Priorität muss es sein, das Bewusstsein dafür wach zu halten, dass unsere Kultur ihre

Prägung vom Christentum hat, dass unser Staatswesen sein Fundament dem Christentum verdankt. Der Kerngehalt der Gestaltung unserer Zukunft muss deshalb christlich bleiben. Dafür gilt es zu streiten. So bleibt die Union Volkspartei, weil sie so nicht in Gefahr ist, Klientelpolitik zu betreiben. So bleiben die Unionsparteien mehrheitsfähig.